

Mitgliederversammlung der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz (Videokonferenz) am 11. März 2022 – Ergebnisprotokoll

Tagesordnung:

Top 1: Verständigung zur aktuellen Situation – Krieg in der Ukraine, Umgang mit russischen und ukrainischen Künstler*innen, Verabschiedung einer Resolution

Top 2: Rechenschaftsbericht der BAG-Sprecher*innen, Berichte aus den Landesarbeitsgemeinschaften

Top 3: Neuwahl der Sprecher*innen der SKK und der Delegierten zum nächsten Parteitag

Top 4: Weitere Arbeitsplanung, Informationen aus dem Parteivorstand, den Fraktionen u.a. Gremien

Top 1: Verständigung zur aktuellen Situation – Krieg in der Ukraine, Umgang mit russischen und ukrainischen Künstler*innen, Verabschiedung einer Resolution

Nach einer kurzen Einführung zur aktuellen Situation in der Ukraine und den Folgen des Angriffskriegs wurde der **Entwurf einer Erklärung der Mitgliederversammlung der SKK “Für Frieden und Dialog durch Kunst und Kultur”** diskutiert.

Der Entwurf fand in der Grundtendenz der klaren Verurteilung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf die Ukraine einhellige Zustimmung. Dieser Krieg ist ein Verbrechen, für das die russische Regierung und Präsident Wladimir Putin die Verantwortung tragen.

Zustimmung gab es auch dafür, dass es keinen pauschalen Boykott von russischen Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen geben soll. Das gelte aber nicht für jene Künstler*innen und Kulturschaffende, die Putins Politik und seinen Krieg unterstützen. Das müsste klar zum Ausdruck gebracht werden. Deutlich sollte unsere Solidarität mit den ukrainischen Kulturschaffenden formuliert und konkrete Maßnahmen zu ihrer Unterstützung eingefordert werden. Vorschläge und Überlegungen zur konkreten Überarbeitung des Textes wurden gesammelt und der Text in den folgenden Tagen entsprechend verändert.

Der überarbeitete endgültige Text der Erklärung ging allen Mitgliedern der SKK am 17.3.2022 zu und wurde ins Netz der LINKEN auf die Seiten der SKK gestellt.

Vorab war diskutiert worden, ob es eine Erklärung der Mitgliederversammlung der SKK oder eine namentlich gezeichnete Erklärung sein sollte, für die weitere Unterschriften auch außerhalb der SKK von Kulturschaffenden und Künstler*innen gesammelt werden sollten.

Es wurde entschieden, zunächst eine Erklärung der Mitgliederversammlung zu verabschieden und dann in einem zweiten Schritt um Unterstützung zu werben.

Top 2: Rechenschaftsbericht der BAG-Sprecher*innen, Berichte aus den Landesarbeitsgemeinschaften

Die bisherigen Sprecherinnen gaben einen kurzen **Bericht über die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft SKK** in den letzten zwei Jahren:

18. September 2020: Letzte (leibhaftige) Mitgliederversammlung der SKK, Neuwahl der Sprecherinnen und der Delegierten zum Parteitag im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin. Als Sprecherinnen wurden gewählt: Imke Elliesen-Kliefoth, Magdalena Depta-Wollenhaupt, Annette Mühlberg und Eva-Maria Glathe-Braun. Die ehemaligen Sprecherinnen Kathrin

Senger-Schäfer und Katja Mitteldorf stellten sich nicht mehr zur Wahl. Als Delegierte für den Bundesparteitag wurde Magdalena gewählt und Imke als Ersatzdelegierte. Umfangreiche Vorschläge zur Arbeitsplanung. Aktivierung der LAGs, Veranstaltungen zu aktuellen Themen mit Künstler*innen und Kulturschaffenden, Broschüre zu unserem Papier zur Corona-Krise, Flyer der SKK, Video der SKK u.a. Nur ein Teil davon konnte letztlich umgesetzt werden, nicht zuletzt aufgrund der Corona-Krise.

Es folgten für alle nicht einfache zwei Jahre, in denen sich die SKK insgesamt nur noch online verständigen konnte.

Landesarbeitsgemeinschaften konnten nicht wie angestrebt aktiviert werden. Positiv: Neugründung der LAG Kultur in Brandenburg.

Inhaltlich haben wir uns dennoch eingebracht.

August 2020: **Positionspapier der SKK zur Coronakrise** vom „Kultur krisenfest und nachhaltig gestalten“ online gestellt und breit beworben. Inhaltlich wichtigste Äußerung, die auch längerfristig Bestand hat.

9.10.2020: Videokonferenz der Sprecher*innen der SKK, Themen – Öffentlichkeitsarbeit, Konzept Video, Veranstaltungsplanung, **Antrag der SKK an den Bundesparteitag zu gendergerechter Schreibweise und Sprache**, vorab vom PV schon angenommen und **Änderungsanträge zum Leitantrag Kultur betreffend**, wurden beschlossen und eingebracht, gingen in verkürzter Form in den Leitantrag ein.

Produktion des Videos der SKK zur Kulturpolitik, ist online auf unseren Seiten, wurde zum Parteitag im Februar 2021 aus zeitlichen Gründen aber leider nur kurz gezeigt.

29.3.2021: Videokonferenz der Sprecher*innen der SKK, Auswertung des Online-Parteitags 26./27. Februar 2021, **Verständigung zum Entwurf des Bundestagswahlprogramms 2021** (Schwerpunkt: Kulturabschnitt). **Erarbeitung eines kompletten neuen Abschnitts, da der Entwurf aus unserer Sicht unzureichend war.**

9.4.2021: Videokonferenz der Sprecher*innen der SKK, erneute Verständigung zu unserem Entwurf, Johannes König, neues PV Mitglied im PV, hatte neue Vorschläge eingebracht.

Neuer Kulturabschnitt wurde im PV erfolgreich eingebracht, ist dann aber leider in der Parteidebatte verschlimmbessert worden. Trotz unseres Protestes gingen einige Passagen, die wir inhaltlich nicht mittragen können, in das anschließend veröffentlichte Bundestagswahlprogramm ein.

4.12.2021: Videokonferenz der SKK, erste Verständigung darüber wie es nach den Wahlen mit der LINKEN insgesamt, mit dem Arbeitsfeld Kulturpolitik und mit der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz weitergeht. Einvernehmlich wurde festgehalten, dass es für DIE LINKE insgesamt wie für uns Kulturpolitiker*innen kein einfaches „Weiter so“ geben kann. Kultur und Kulturpolitik gewinnen gerade jetzt an Bedeutung, drohen aber aufgrund der Sparmaßnahmen in der Partei in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Schreiben der SKK an den PV zur Bedeutung von Kulturarbeit und Kulturpolitik der LINKEN.
Drei nachfolgende Anträge an den PV sind geplant, zwei zur Kulturarbeit der LINKEN allgemein und zum Fest der LINKEN sind schon erarbeitet, ein dritter zur Kulturpolitik ist geplant.

Verständigung der BAG-Sprecherinnen zum Papier der Parteivorsitzenden „Den Kompass neu ausrichten“. Übereinstimmung mit Grundtendenz des Papiers, kein zurück auf alte Positionen, neue Strategien für eine moderne linke Partei, Ergänzung in Bezug auf Kulturpolitik und Kulturarbeit sowie Digitalisierung und Teilhabe, so schon in der letzten Beratung der Zusammenschlüsse mit dem Bundesgeschäftsführer eingebracht.

Berichte aus den Landesarbeitsgemeinschaften:

Brandenburg

In Brandenburg wird die Landesarbeitsgemeinschaft Kultur neu gegründet. Die ursprüngliche LAG war jahrelang nicht aktiv. Dazu gab es ein erstes Treffen am 31. Januar 2022 mit 20 Anwesenden. Weitere Treffen sollen folgen und einmal im Monat stattfinden. Formal ist die Neugründung noch nicht vollzogen.

Hessen

Die Veranstaltungen der LAG fanden in den letzten zwei Jahren online statt. Am 14. Dezember 2020 legten die LAG-Sprecher*innen dem hessischen PV einen Antrag „Kunst und Kultur für die Vielen“ vor, in dem eine temporäre monatliche Pauschale in Höhe von 1.180 Euro für Selbständige und freiberuflich Tätige in der Kultur-, Kreativ- und Veranstaltungsbranche gefordert wurde sowie einen Kulturfonds, der sich am dem „Federal Art Projects“ orientieren sollte. Der Antrag wurde einstimmig im hessischen PV angenommen. Darüber hinaus wurden zwei Online-Veranstaltungen zum Thema „Fußballkultur“ angeboten 1) „Diego Maradona meets Theodor W. Adorno“ 20. Dez. 2020 und 2) "UNITED – Die roten Rebellen aus Manchester" - Filmvorführung und Gespräch mit Christoph Schuch, 7. Jan. 21. Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes wurde eine Online-Diskussion „Kultur in der Krise“ zwischen kulturpolitischen Vertreter*innen der LINKEN (Janine Wissler, Simone Barrientos und Stephanie Schury, Fraktion Kassel) und Vertreter*innen der hessischen Kulturszene ausgerichtet.

Berlin

Für die LAG in Berlin waren es zwei schwierige Jahre – nicht nur wegen Corona. Aufgrund der Belastungen im sehr engagierten Wahlkampf und Erkrankung von Mitgliedern fanden längere Zeit keine Treffen bzw. Videokonferenzen statt. Es wird neu über die Verteilung der Aufgaben nachgedacht.

In der Debatte wurde auf das generelle Problem hingewiesen, die Landesarbeitsgemeinschaften zu aktivieren und insbesondere auf die komplizierte Situation in den westlichen Landesteilen. Die in den letzten Jahren aktive LAG im Saarland z.B. gibt es faktisch nicht mehr, das hängt auch mit der Situation im Landesverband insgesamt zusammen. In diesem Zusammenhang haben wir Austritte aus der Partei und aus der BAG zu verzeichnen.

Auch wenn nicht alle LAGs aktiv sind, so hat die SKK doch in allen Ländern engagierte Mitglieder, die sich in den Parlamenten, außerparlamentarisch und innerhalb der Partei für

linke kulturpolitische Ziele einsetzen. Genannt sei an dieser Stelle z.B. der sehr qualifizierte und ausführliche Kulturabschnitt im Koalitionsvertrag in Berlin, an dem auch Mitglieder der SKK mitwirkten. Wie auf der Bundesebene gelang es auch auf Landesebene Mitgliedern der LAGs, trotz vieler Schwierigkeiten inhaltlich Einfluss zu nehmen.

Ein Problem für unsere Kulturpolitiker*innen ist, das ergab die Debatte, dass Kultur und Kulturpolitik nicht immer den ihrer Bedeutung entsprechenden Stellenwert in der Politik der LINKEN haben. Das zeigt sich z.B. bei der Aufstellung unserer Fachpolitiker*innen bei Wahlen immer wieder (zuletzt in Berlin). Als symptomatisch wurde in diesem Zusammenhang auch gesehen, dass von unserem Kulturvideo auf dem Parteitag im Februar 2021 nur wenige Sekunden gezeigt wurden, aus verfahrenstechnischen und zeitlichen Gründen, wie nachträglich erläutert wurde.

Top 3: Neuwahl der Sprecher*innen der SKK und der Delegierten für den nächsten Parteitag

Zunächst wurde eine Wahlkommission gewählt und dann darüber abgestimmt, ob die Wahl der Sprecher*innen offen erfolgen kann. Dem stimmten alle Anwesenden zu.

Wahl der Sprecher*innen

Magdalena Depta-Wollenhaupt, Eva-Maria Glathe-Braun und Annette Mühlberg kandidierten erneut als Sprecher*innen der BAG, zusätzlich Klaus-Dieter Stork aus der LAG in Hessen. Imke Elliesen-Kliefoth stellte sich nicht erneut zur Wahl. Die Abstimmung erfolgte nach der Vorstellung der Kandidat*innen offen.

Als neue Sprecher*innen der Bundesarbeitsgemeinschaft SKK wurden einstimmig gewählt: Magdalena Depta-Wollenhaupt, Eva-Maria Glathe-Braun, Annette Mühlberg und Klaus-Dieter Stork.

Wahl der Parteitagsdelegierten:

Aufgrund der mit Datenstand vom 31. Dezember 2020 gemeldeten 351 Mitglieder der SKK erhielt die SKK ein Mandat. Als Delegierte zum nächsten Parteitag kandidierte Magdalena Depta-Wollenhaupt, Fabian Dickmeis als Ersatzdelegierter. Der Wahlvorgang endete in der Videokonferenz mit der Vorstellung der Kandidaten. Sie werden nun in einer geheimen Briefwahl gewählt. Die Wahlunterlagen müssen bis zum 4. April zurückgesandt werden.

Top 4: Weitere Arbeitsplanung, Informationen aus dem Parteivorstand, den Fraktionen u.a. Gremien

Weitere Arbeitsplanung

Die BAG-Sprecher*innen informierten über die bisher geplanten **Vorhaben der BAG**. Es gilt zwei Aufgaben gleichzeitig zu bewältigen – mit Initiativen, Anträgen, Positionsvorschlägen die Arbeit der Partei auf Bundes- und Landesebene weiterhin fachpolitisch zu begleiten und gleichzeitig mit Veranstaltungen vor allem in der Fläche, in den Ländern und Kommunen aktiver und sichtbarer zu werden.

Vorgenommen haben wir uns die **Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für Kulturarbeit und Kulturpolitik für die Landesverbände und Kommunalen Gliederungen**. Möglichst knapp und niedrigschwellig.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist nach wie vor die Verbesserung der sozialen Lage von Künstler*innen und Kreativen. In diesem Zusammenhang planen wir eine **Beratung bzw. Veranstaltung der SKK mit Vorstands-Mitgliedern der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger (GDBA)**, Präsidentin Lisa Jopt.

Das Thema **Kultur in der Corona-Krise** werden wir weiter aufgreifen und verfolgen und wollen ein Format finden, in dem wir uns regelmäßig mit Kulturschaffenden verständigen.

Angeregt wurde darüber hinaus eine **Beratung bzw. Veranstaltung mit Gästen zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen** in Vorbereitung auf den Mitgliederentscheid (im September). Einvernehmen bestand darin, dass es ein Grundeinkommen für alle sein muss und nicht nur für Künstler*innen.

Termine für die nächsten Beratungen bzw. Videokonferenzen gehen allen per Mail zu.

Berichte aus den Ländern

Thüringen

Das Gesetz zur Förderung von Musik- und Jugendkunstschulen werden sie im Mai beschließen.

Berlin

Die Sicherung und der Ausbau der Bibliotheken sind nach wie vor ein wichtiges Thema. Mit der Debatte zur Zukunft der Bibliotheken haben sie in Berlin in der vergangenen Legislatur eine breite Wirkung erzielt. Das wäre auch bundesweit anzustreben. Im Koalitionsvertrag in Berlin ist nun die Verabschiedung eines Bibliotheksgesetzes vorgesehen.

Die Informationen aus dem Parteivorstand entfielen, da die beiden für Kultur zuständigen Mitglieder nicht anwesend sein konnten.

F.d.R. Annette Mühlberg
25.3.2022